76. Jahrgang. Nr. 78 — Dienstag, 16. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Zeilenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die völlige Umkehr der Fronten

Das Echo der Kandidatur Hindenburgs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Febr. Die tragische Verlegung der Fronten im innerpolitischen Kampf, die durch die Reichspräsidentenwahl jetzt geschaffen ist, findet einen beredten Ausdruck im ersten Echo der reichshauptstädtischen Presse. Von den rechtsstehenden Zeitungen widmen vorerst nur die „Deutsche Zeitung" und die der Deutschen Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" der Entscheidung Hindenburgs Leitartikel.

Die **„Deutsche Zeitung"** stellt fest, daß die Entscheidung gefallen sei und der Wahlkampf nun begonnen habe. Der Kampf solle und müsse ehrlich geführt werden. Deshalb gelte in diesem Augenblick mehr denn je der Grundsatz, der am Anfang jeder politischen Willensbildung zu stehen habe: aussprechen, was ist! Das Blatt betont weiter, daß der Feldmarschall von Hindenburg mit seiner persönlichen Entscheidung eine politische Entscheidung getroffen habe.

Am 13. März gehe es um die Frage, ob das gegenwärtige System einer unter wohlwollender Duldung der Sozialdemokratie gehaltenen Herrschaft der Mitte gegen die nach oben drängenden Kräfte der nationalen Opposition weiter an der Macht belassen werden solle oder nicht.

Der Reichspräsident habe wiederholt zu erkennen gegeben, daß er nicht gewillt sei, sich von diesem System zu trennen. Damit sei die Frontstellung für die nationale Opposition gegeben. Der Reichspräsident sei durch nichts in der Freiheit seiner Entschließung beschränkt gewesen. Er habe genug Gelegenheit gehabt, aus dem Versagen der heute Regierenden auf außen- und innerpolitischem Gebiet die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Er habe das nicht getan und sich damit zum Mitträger eines Systems gemacht, das die nationale Opposition bis zur Entscheidung bekämpfen müsse. Die nationale Opposition habe diese Frontstellung nicht gewollt. Nun sie ihr aufgezwungen sei, werde sie den Kampf führen: Mit der Achtung, die dem geschichtlichen Namen des heute von den Gegnern zur Wahl gestellten Feldmarschalls zukomme, aber auch mit der Entschlossenheit, die die Verantwortung für die Zukunft von Volk und Vaterland erfordere.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** geht von der Tatsache aus, daß die Ungewißheit nun beendet sei und erklärt dann, sie glaube, daß mit der Erklärung Hindenburgs nicht nur die Kandidatenfrage, sondern auch die Wahl entschieden sei. Der nächste Reichspräsident werde wieder Hindenburg heißen. Freilich sei es keine ungetrübte Freude, mit der man die Entscheidung begrüße. Aber in jeder Hinsicht unangefochten bleibe die menschliche Verehrung des Generalfeldmarschalls, die Anerkennung seiner selbstlosen, von tiefer Vaterlandsliebe erfüllten Gesinnung, sein Ruhm als Vater der Nation. Die politischen Folgen des bevorstehenden Wahlkampfes seien wenig beruhigend und hoffnungsvoll. Es sei

eine tragische Umkehrung der Fronten

eingetreten, an der gewiß nicht Herr von Hindenburg die Hauptschuld trage, die aber eine gegebene Tatsache sei und seinen Namen stärkstens mit berühre. Die Frage bleibe offen, ob nicht die Reichsregierung ihrerseits den Schritt der Demission hätte vollziehen sollen, um Herrn von Hindenburg freie Bahn für seine Entschlüsse zu geben. Wir sind überzeugt, schreibt das Blatt, daß in einer ähnlich zugespitzten Lage, etwa in Frankreich, jeder Ministerpräsident die große Geste gewagt hätte. Wenn wir richtig unterrichtet sind, fährt die DAZ. fort, hat auch

Dr. Brüning zweimal dem Reichspräsidenten sein Amt zur Verfügung gestellt,

aber ohne Ergebnis. Leider habe die große Oeffentlichkeit davon nichts erfahren. Der Mangel der parlamentarischen Tribüne habe in diesem Falle bedauerliche politische Hemmungen gehabt. So sei damit zu rechnen, daß ein Bruderkampf bevorstehe, der sich noch dadurch erschwere, daß es gerade Hindenburg sei, um den sich die Entscheidung drehe. Es werde ein erbittertes Ringen werden, bei dem im Grunde niemand zu gewinnen habe außer denjenigen, denen es Vergnügen bereite, die nationale Bewegung im mörderischen Kampfe gegeneinander zu sehen. Das Blatt äußert sich schließlich über die Aussichten der verschiedenen Kandidaturen und kommt dann zu der Ueberzeugung, daß es nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege, daß Herr von Hindenburg bereits im ersten Wahlgang gewählt werde und beklagt zum Schluß den nun unvermeidlich gewordenen inneren Krieg zwischen Bundesgenossen und Freunden, zwischen großen Schichten des deutschen Volkes, die sich in ihrer nationalen Gesinnung im Grunde durch nichts unterschieden.

Was Hindenburg erstrebt habe, nämlich Geschlossenheit der Nation und Beruhigung der innerpolitischen Kämpfe, werde nicht eintreten.

Im Gegenteil gehe Deutschland einer Verschärfung der Auseinandersetzungen entgegen.

Sehr befriedigt äußert sich die demokratische und linksdemokratische Presse, die sich in Jubelhymnen auf den Reichspräsidenten geradezu überschlägt. Der „Berliner Börsenkurier" glaubt, den ganzen Wahlkampf auf die etwas primitive Formel „Nation steht gegen Partei" bringen zu können und führt sein gröbstes Geschütz gegen die Gruppen der Harzburger Opposition auf.

Das „Berliner Tageblatt" stellt es so dar, als ob es nicht vor sieben Jahren zu denjenigen Zeitungen gehört habe, die die gröbsten Beschimpfungen gegen den Reichspräsidenten veröffentlichten. Höchst unerfreulich klingen Worte wie die, daß der Reichspräsident durch die Annahme der Kandidatur „das Vertrauen gerechtfertigt habe, das ein großer Teil seiner Wähler vom Jahre 1925 und mit ihnen viele von denen auf sein Pflichtbewußtsein gesetzt hätten, die ihm damals ihre Stimme versagt hätten". Hindenburg, so meint das „BT.", sei jetzt Volkskandidat. Besonders erfreut ist die Zeitung darüber, daß

weder ein System- noch ein Kurswechsel

eintreten soll.

Aehnlich merkwürdig nimmt sich der Kommentar der „Vossischen Zeitung" aus, ein Blatt, das sich nach seiner ganzen Vergangenheit hüten sollte, den preußischen Pflichtbegriff für sich in Erbpacht zu nehmen. Die Zeitung des Verlags, der ebenfalls wenig rühmlich im Jahre 1925 bei der Reichspräsidentenwahl auftrat, singt einen wahren Hymnus auf Hindenburg und steigert so nur den peinlichen Eindruck, den die Schilderhebung des greisen Feldmarschalls durch die Linke an sich schon gemacht hatte.

Geflissentlich betonen „BT." und „Vossische Zeitung", daß es nicht die Linke gewesen sei, die Hindenburg auf den Schild erhoben habe.

Die „Vossische Zeitung" fügt hinzu: „Ginge es um Weltanschauungen und letzte Ziele, die Front stünde anders."

Hier wird deutlich, daß für diese Kreise der Reichspräsident nur eine Rückendeckung ist, hinter der sich die Vertreter des Systems vor dem Ansturm der Rechtsopposition verbergen wollen. — Alle anderen Berliner Zeitungen geben zunächst nur die Meldungen wieder und enthalten sich jeder kritischen Stellungnahme.

Konflikt um Hindenburg

Die Präsidentenfrage ist nun zu einer Entscheidung gekommen, die nur von dem engeren Kreis um die Regierung Brüning mit wirklicher Freude begrüßt wird, in der Hoffnung, daß die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft unter dem Schutz des Namens und der Autorität Hindenburgs gegen alle oppositionellen Strömungen im Volk gelingen wird. Die Millionen von Deutschen, die seit Jahren in der Rechtsopposition für die nationale Erneuerung Deutschlands kämpfen, werden aber vor eine Gewissensfrage gestellt, die so schwer ist, daß sie nicht mit den üblichen Schlagworten abgetan werden kann. Sie waren nach dem Scheitern der Brüningaktion zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Weg mit geringen Ausnahmen für den Gedanken einer echten „Volkskandidatur" Hindenburgs eingenommen. Wieviel Fehler mußten gemacht werden und sind inzwischen leider gemacht worden bis zu dem Augenblick, in dem aus der Volks- eine Linkskandidatur und ein Trennungsstrich zwischen Hindenburg und dem Großteil seiner einstigen Wähler wurde. Ohne und gegen den Willen des Reichspräsidenten! Denn die Fehler sind von der Regierung und dem trotz seiner angeblichen Ueberparteilichkeit nur zu deutlich parteipolitisch arbeitenden Sahm-Ausschuß gemacht worden. Das kam ja schon zum Ausdruck, als sich dieser Ausschuß nicht mit der Sammlung der notwendigen 20 000 Einzeichnungen für Hindenburg begnügte, sondern seine Aktion über diese Formalität hinaus zu einer Art Probeabstimmung ausgestaltete, die hauptsächlich von der Linkspresse getragen wurde. Immer weniger stand dabei die Kandidatur Hindenburg im Vordergrund und immer mehr die Absicht, den nationalen Parteien und Verbänden durch die Erörterungen um Hindenburg Ungelegenheiten zu bereiten und die Einigkeit der Harzburger Front dabei zu sprengen. Bis schließlich die letzten Schleier fielen durch den im „Vorwärts" bekanntgegebenen Beschluß der Sozialdemokratie, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, „wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage der Harzburger Front herbeigeführt werden kann". Und dieser Spaltungskandidat der Sozialdemokraten ist — immer wieder gegen seinen Willen — unser Hindenburg! Darin liegt die ganze Tragik der Lage beschlossen. Diejenigen, die sich vor sieben Jahren nicht genug damit tun konnten, den Generalfeldmarschall zu schmähen, dürfen ihn heute als den ihren herausstellen, nicht weil sie sich zu seiner vaterländischen Gesinnung bekehrt hätten, sondern weil er ihnen gegenüber einem Kandidaten der Rechtsopposition „das kleinere Uebel" bedeutet, wie in Reichsbannerversammlungen wiederholt ausgesprochen wurde.

Nun wird den Rechtsparteien von der Mitte und von der Linken entgegengehalten, sie müßten eben um Hindenburgs willen ihre politischen Wünsche zurückstellen und zum Zweck der Präsidentenwahl in eine „Volksgemeinschaft" von Hitler bis Breitscheid eintreten. Eine Volksgemeinschaft, die durch die täglichen Bluttaten der Linksorganisationen gegen die Angehörigen der nationalen Verbände in sonderbarer Weise illustriert wird. Nichtsdestoweniger rührt dieser Appell an ein Gefühlsmoment, das in den Reihen der nationalen Opposition den Eindruck nicht verfehlt; denn nichts wäre diesen Kreisen lieber gewesen als die Möglichkeit, Hindenburg als den nationalen Kandidaten wieder auf den Schild zu heben. Mag auch die Linke darüber jetzt spotten, die Treue ist im deutschen Herzen kein leerer Wahn, und tausend Fäden verbinden trotz der eingetretenen Unstimmigkeiten den Führer in Krieg und Frieden mit seinem Volk. Ein schmerzlicher Gewissenskonflikt auf beiden Seiten hat eine solche „anständige Lösung", wie sie der Stahlhelmbundesführer Seldte bis zur letzten Stunde anstrebte, verhindert. Hindenburg hat es von seinem Standpunkt aus als unmöglich erachtet, der Harzburger Front Brücken zu seiner Kandidatur zu bauen durch einen Kurswechsel, der nur in der Abberufung seines bisherigen Vertrauensmannes, des von der Sozialdemokratie gestützten Zentrumskanzlers Brüning, hätte bestehen können. Er fühlt sich diesem gegenüber nach alter militärischer Tradition zur Treue des Oberbefehlshabers seinem Unterführer gegenüber verpflichtet und lehnt eine „Wahlkapitulation", die ihm die Stimmen seiner früheren Wähler wieder zuführt, als unter seiner Würde stehend ab. Kein Wort ist zu sagen gegen diese Auffassung. Aber dadurch, daß eben auch die andere Seite sich durch politische Verpflichtungen dem Volk gegenüber gebunden fühlt, entsteht der tragische Konflikt. Nach ihrer Ansicht ist die Wahl des Reichsoberhauptes auf sieben Jahre ein hochpolitischer Akt, der in erster Linie als solcher gewertet werden muß und bei dem noch so starke Gefühlsmomente erst in zweiter Linie ins Gewicht fallen können. Ohne Zweifel wird der Reichspräsident in seiner gerechten Denkweise auch seinerseits für die Gründe Verständnis haben, die es der Rechtsopposition unmöglich machen, zusammen mit der schwarz-roten Koalition für seine Kandidatur einzutreten und damit dem von ihr so heftig bekämpften Regierungssystem eine neue Grundlage unter den wankenden Füßen zu geben. Ja, wenn es sich um Kleinigkeiten handelte, die das System Brüning von den

Kurze Reichstagssitzung am 23. Februar

Fraktionsberatungen zur Präsidentschaftsfrage

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Febr. Der Aeltestenrat des Reichstags tritt am kommenden Montag, dem 22. Februar, zusammen, um die am 23. Februar beginnende Sitzungsperiode vorzubereiten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht, wie schon kurz gemeldet, lediglich die „Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten". Der Beratung des Reichstags über diesen Gegenstand wird das Schreiben des Reichsinnenministers Groener zugrunde liegen, in dem dieser die offiziellen Wahltermine vorschlägt. Die erste Sitzung des Reichstags im Jahre 1932 dürfte recht kurz sein, da der Reichstag den offiziellen Vorschlägen des Reichsinnenministers ohne weiteres beitreten wird.

Sodann werden sich jetzt auch die Fraktionen mit der Präsidentenwahl befassen. Am Dienstag tritt die deutschnationale Reichstagsfraktion zusammen; am Mittwoch wird sich der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei mit der gleichen Angelegenheit beschäftigen. Am Donnerstag berät der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei, um die offizielle Haltung der Sozialdemokraten festzulegen. Nach wie vor nimmt man in den Kreisen der Regierung und auf der Linken an,

daß die Sozialdemokraten sich nicht mit einer negativen Feststellung des Verzichts auf eine eigene Kandidatur begnügen, sondern das Eintreten für Hindenburg zur Abwehr des „Faschismus" ihren Anhängern zur Pflicht machen werden.

Am Montag hielt der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, **„alle Kräfte einzusetzen, damit Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird"**. Bei der Besprechung der Stellung der Partei zur Reichsregierung bestand nach der parteioffiziösen Mitteilung „völlige Einmütigkeit in der Fortführung einer eindeutigen, klaren und zielbewußten Opposition". Im übrigen wird die Auffassung, daß, ähnlich wie im Jahre 1925, auch diesmal zwei Wahlgänge erforderlich sein werden, jetzt allgemein geteilt.

Der „Temps" zur Kandidatur Hindenburgs

Paris, 15. Febr. Die Nachricht von der Kandidatur Hindenburgs wird im „Temps" mit einer gewissen Befriedigung kommentiert. Dieser Entschluß des Reichspräsidenten werde dazu beitragen, die politische Lage in Deutschland ein wenig aufzuhellen. Trotz seines hohen Alters habe Hindenburg die Kandidatur angenommen und damit die schwerste Pflicht seinem Vaterland gegenüber erfüllt. Es sei bezeichnend, daß die Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf ihr politisches Programm und ihre persönlichen Empfindungen die Kandidatur des Feldmarschalls unterstützt hätten. Dies sei ja auch das einzige Mittel, um Hitler und seinem Anhang wirksam entgegenzutreten.